



Runter vom Abstellgleis

Bahnreform. Mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und dabei den Bundeshaushalt zu entlasten – das waren die Kernziele der Bahnreform im Jahr 1994. Sie wurden weitestgehend erreicht. Gleichzeitig haben sich aber neue Baustellen aufgetan.

Nach der Wiedervereinigung war die Deutsche Bundesbahn wirtschaftlich am Ende. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital war unter 10 Prozent gefallen – üblich waren damals bei größeren Unternehmen Eigenkapitalquoten von rund 20 Prozent. Die Kapitalkosten

– z. B. Zinsausgaben – beliefen sich 1993 auf 4,9 Milliarden Euro und überstiegen damit das verbliebene Eigenkapital von 4,6 Milliarden Euro. Im selben Jahr machte die Bahn 8,1 Milliarden Euro Verlust.

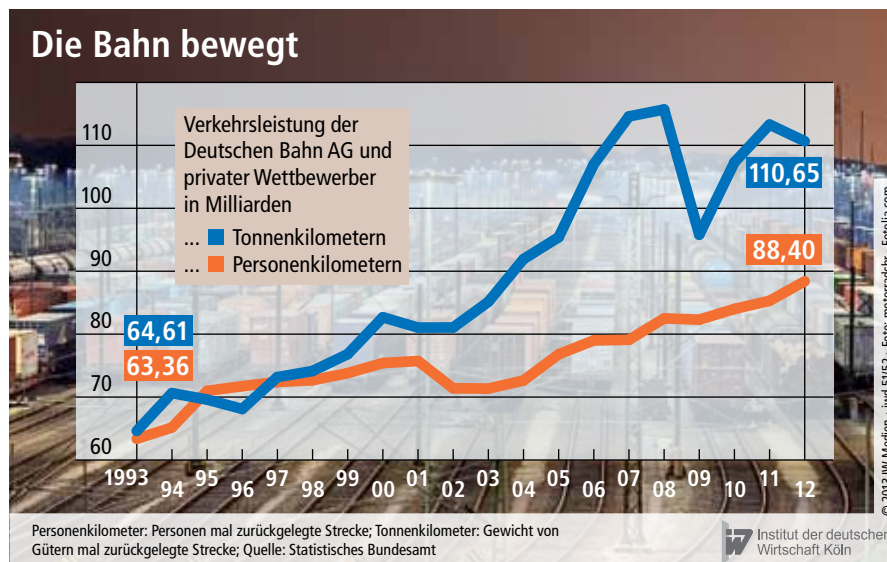
Allein die Personalaufwendungen der Bundesbahn übertrafen 1993 die

Umsatzerlöse um mehr als 50 Prozent – zudem standen die Ex-DDR-Reichsbahner zur Verbeamtung an.

Wie groß die Not war, zeigte sich am 2. Dezember 1993, als sich der Deutsche Bundestag mit 558 Ja-Stimmen bei nur 13 Gegenstimmen und vier Enthaltungen für eine Bahnreform aussprach. Nach heftigen Debatten stimmte auch der Bundesrat für die Reform, allerdings erst, nachdem der Bund den Ländern die Zustimmung regelrecht abgekauft hatte: Als Gegenleistung können die Länder seitdem im Nah- und Regionalverkehr autonom Fahrten bei der Bahn bestellen – und der Bund bezuschusst diese.

Mit der Reform wurde die Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Sämtliche Anteile hält allerdings weiterhin der Bund. Ein Börsengang der Deutschen Bahn AG (DB AG) scheiterte im Jahr 2008 wegen der Finanzkrise. Trotzdem hat sich der Umstieg von der Behördenbahn in ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen gelohnt – der Bahnvorstand musste fortan →

Die Bahn bewegt



Inhalt

Tarifrunde Chemie.

Die Forderungen der Gewerkschaft passen nicht zur Lage der Branche.
Seite 3

Konvergenz. Im Laufe der Jahrzehnte haben die ärmeren EU-Länder wirtschaftlich aufgeholt.
Seite 4

Weiterbildung. Das Engagement ist in den einzelnen Branchen unterschiedlich groß.
Seite 5

Griechenland I. Das Krisenland muss seine EU-Präsidentschaft so günstig wie möglich gestalten.
Seite 6

Griechenland II. Trotz verbesserter Haushaltslage wird wieder über einen Schuldenschnitt diskutiert.
Seite 7

Unternehmensgründungen. Studenten und Professoren an deutschen Hochschulen gründen mehr Firmen denn je.
Seite 8

→ nach betriebswirtschaftlichen Kriterien handeln, was zur Stilllegung unrentabler Strecken führte und damit Kosten sparte.

Des Weiteren wurde die Bahn entschuldet und das Schienennetz für Dritte geöffnet. Damit sollte der Wettbewerb angefacht und wieder mehr Verkehr auf die Schiene gebracht werden.

Trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten lässt sich heute feststellen, dass die Bahnreform am Ende doch ein großer Wurf war, auch wenn es noch viel zu tun gibt. Das wichtigste Ergebnis dürfte sein, dass in den vergangenen zehn Jahren die Verkehrsleistung auf der Schiene kräftig zugenommen hat (Grafik Seite 1):

- **Die Güterverkehrsleistung** stieg zwischen 2002 und 2012 um mehr als ein Drittel auf 110 Milliarden Tonnenkilometer. Damit hat die Schiene ihren Marktanteil im Güterverkehr um 1,5 Prozentpunkte auf 17,3 Prozent vergrößert – trotz des krisenbedingten Rückgangs ab 2008.
- **Der Personenverkehr** ist um ein Viertel gewachsen. Und seit 2004

sind die Marktanteile der Bahn wieder gestiegen:

Im Jahr 2012 betrug der Marktanteil der Schiene am Personenverkehr 8,2 Prozent – 1,1 Punkte mehr als im letzten Jahr der Bundesbahn.

Treiber dieser Entwicklung waren die Pendler, die das bessere Angebot von Regionalzügen und S-Bahnen offenkundig zum Umstieg auf die Schiene bewogen hat. Jedenfalls wuchs die Verkehrsleistung im Nahverkehr von 30 Milliarden Personenkilometern im Jahr 1994 auf mehr als 50 Milliarden im Jahr 2012.

Das zweite Ziel, die Ausgaben des Bundes für die Schiene drastisch zu senken, wurde nicht ganz erreicht (Grafik). Nach wie vor muss der Bundesfinanzminister jährlich 16 bis 17 Milliarden Euro zuschießen. Das sind nominal zwar 4 Milliarden Euro weniger als im Jahr 1994, real aber gut 5 Milliarden Euro mehr als damals. Allerdings wird das Geld heute effizienter eingesetzt, schließlich werden mehr Personen befördert.

Das dritte Ziel der Bahnreform, der Behördenbahn durch Wettbe-

werber Beine zu machen, ist zumindest teilweise erreicht worden. Im Güterverkehr hatte die Konkurrenz der DB im Jahr 2012 einen Marktanteil von 29 Prozent. Im Personenverkehr erreichte sie immerhin 15 Prozent.

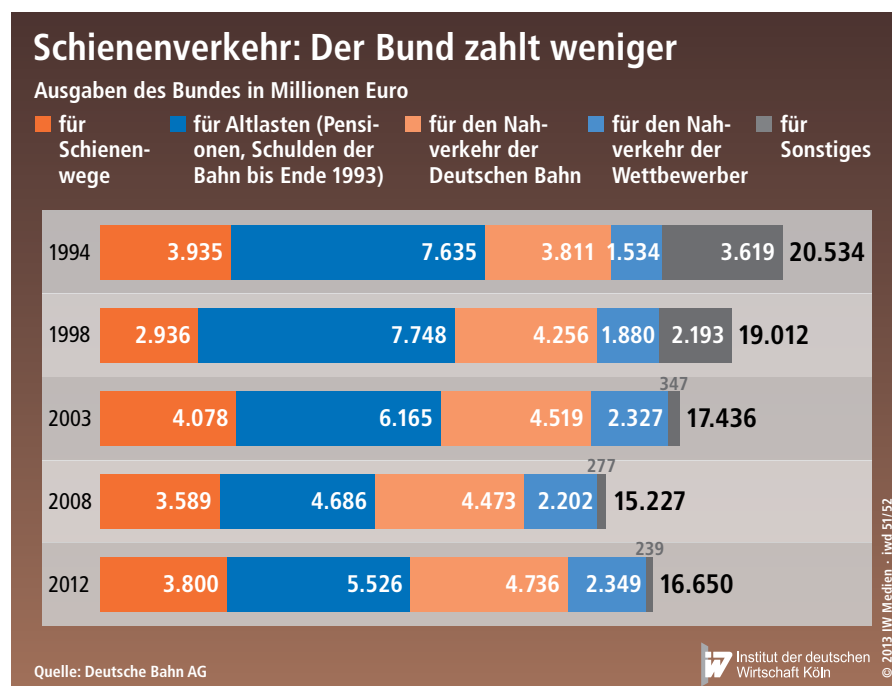
Allein im Fernverkehr gibt es bis auf einzelne Verbindungen – etwa zur Ostsee – keinen nennenswerten Wettbewerb. Der DB kann man hier aber keinen Vorwurf machen. Der Netzzugang sei fair, sagen selbst die Privatbahnunternehmen.

Trotz aller Fortschritte bleiben ein paar Reformbaustellen:

Infrastrukturfinanzierung. Große Teile der Infrastruktur – Brücken, Gleise, Signale – müssen saniert werden. Die notwendigen Mittel stellt der Eigentümer Bund jedoch nicht bereit. Die Investitionsmittel wurden seit 2004 bei jährlich 2,5 Milliarden Euro konstant gehalten – aber die Baupreise sind seither deutlich gestiegen.

Bestellvorgänge im Nahverkehr. In Deutschland sind derzeit 27 Bestellerorganisationen im Bereich des Nahverkehrs aktiv – angefangen von Verkehrsverbänden bis hin zu Städten. Weil diese ihre Ausschreibungen kaum koordinieren, kommt es immer wieder zu einer Flut an Ausschreibungen, sodass insbesondere kleinere Firmen unmöglich an allen teilnehmen können – zumal die Verfahren immer komplizierter werden.

Zulassung von Rollmaterial. Die Genehmigungsprozesse sind langwierig und teuer. Nach Angaben der Bahnindustrie muss sie pro Jahr etwa 100 Millionen Euro für Zulassungen aufwenden. Und wenn die Bahnen grenzüberschreitend eingesetzt werden, muss das ganze Prozedere in jedem weiteren Land noch einmal durchgeführt werden.



Zu viel ist zu viel

Tarifrunde Chemie. Die Forderung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) nach 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate passt nicht zur wirtschaftlichen Lage der Branche. Auch das zweite Anliegen, die tarifliche Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden, hat es in sich.

Seit Anfang Dezember wird in der Chemischen Industrie verhandelt. Dabei geht es für die 550.000 Tarifbeschäftigten um zweierlei:

1. Höhere Löhne. Gemessen an früheren Forderungen gibt sich die IG BCE für 2014 zwar bescheidener. Denn mit Ausnahme des Nachkrisenjahres 2010 betrug ihre Entgeltforderungen in den vergangenen sechs Jahren immer zwischen 6 und 7 Prozent. Trotzdem ist die jüngste Forderung von 5,5 Prozent angesichts der schleppenden Chemiekonjunktur und des lohnpolitischen Verteilungsspielraums (Kasten) recht ambitioniert. Denn:

- **Die Chemieproduktion** liegt noch immer knapp unter dem Vorkrisenniveau von 2007. Außerdem bewegt sich die Branchenkonjunktur seit zehn Quartalen seitwärts. Deshalb betrachten die Unternehmen anderslautende, sprich positive Konjunkturprognosen mit Skepsis.

- **Die Produktionskosten** sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, wobei die Unternehmen gleich von zwei Seiten in die Zange genommen wurden. Zum einen belastet sie die Energiewende (vgl. iwD 50/2013). Zum anderen sind die Löhne in der Chemischen Industrie seit 2005 schneller gestiegen als in anderen Branchen (Grafik).

Lohnpolitischer Verteilungsspielraum

Nach den Vorstellungen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik sollen sich die Lohnzuwächse am Produktivitätszuwachs orientieren. Dieser wird für das kommende Jahr auf knapp 1 Prozent geschätzt. Rechnet man – wie die Gewerkschaften – noch einen Teuerungsausgleich hinzu, ergäbe sich ein Verteilungsspielraum von allenfalls rund 3 Prozent. Die eingerechnete Teuerung muss von den Unternehmen aber erst einmal verdient werden. Ob die Unternehmen ihre Preise 2014 tatsächlich um durchschnittlich 2 Prozent anheben können, hängt nicht zuletzt von der Auftragslage ab.

- **Die Produktivität** ist im Jahr 2012 um 3,8 Prozent gesunken – in diesem Jahr dürfte sie stagnieren. Dementsprechend legten die Lohnstückkosten 2012 um 7,4 Prozent und 2013 um 3,1 Prozent zu.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Chemischen Industrie nicht aufs Spiel zu setzen, darf deshalb in der kommenden Lohnrunde die Schere zwischen Tarifierhöhungen und Produktivitätswachstum nicht weiter auseinandergehen.

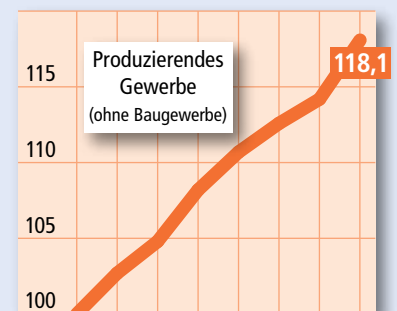
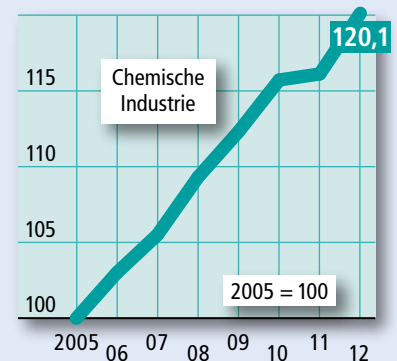
2. Übernahmegarantie für Auszubildende. Die IG BCE räumt zwar ein, dass die Chemische Industrie bereits heute mehr als 80 Prozent der Lehrlinge übernimmt. Das reicht der Gewerkschaft aber nicht. Sie verweist darauf, dass nur ein Drittel der Übernommenen eine unbefristete Stelle erhält. Deshalb möchte die IG BCE die Übernahme in einem Tarifvertrag regeln.

Die Arbeitgeber wollen dagegen die Entscheidung, ob ein Lehrling am Ende seiner Ausbildung übernommen wird, in der Verantwortung der Unternehmen belassen. Andernfalls, argumentieren sie, würden viele Firmen demotiviert, über den Bedarf hinaus auszubilden oder auch schwächeren Bewerbern eine Chance zu geben. Damit würden außerdem die Erfolge des Tarifvertrags „Zukunft durch Ausbildung“ und des Programms „Start in den Beruf“ gefährdet. Durch Letzteres wurden

seit dem Jahr 2000 rund 2.500 Jugendliche so gefördert, dass sie einen Arbeitsplatz bekamen oder eine Ausbildung antreten konnten.


Chemische Industrie: Ordentliche Lohnzuwächse

Tarifverdienste einschließlich aller Nebenvereinbarungen auf Stundenbasis



Quelle: Deutsche Bundesbank | Institut der deutschen Wirtschaft Köln | © 2013 IW Medien - iwD 51/52

Rückschlag durch Krise

Konvergenz. Im Laufe der Jahrzehnte haben die ärmeren EU-Länder gegenüber den wirtschaftlich starken Mitgliedern Boden gutgemacht, sodass das Gefälle innerhalb Europas kleiner geworden ist. In jüngster Zeit allerdings sind die von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders hart betroffenen Staaten wieder zurückgefallen. 

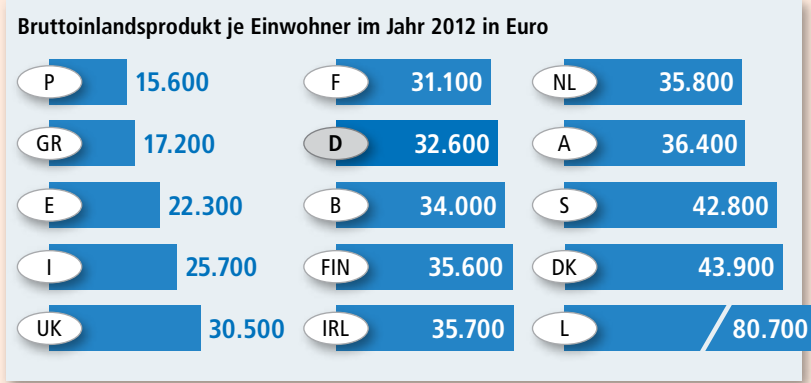
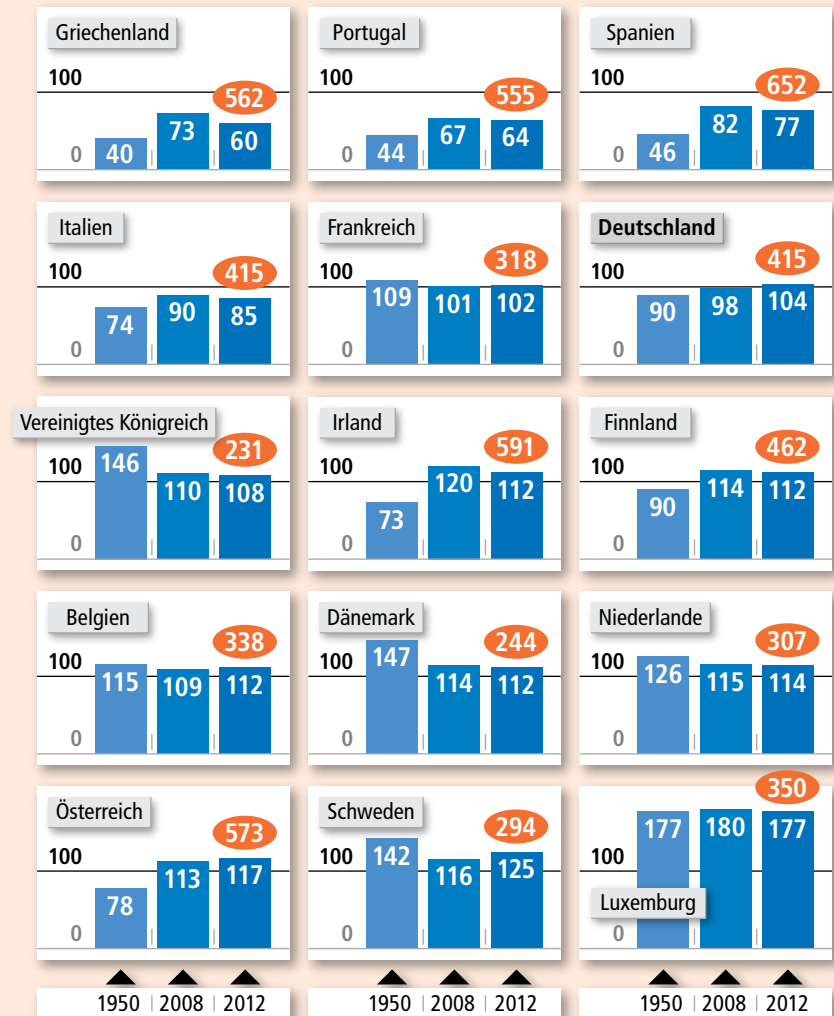
Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 gegründet wurde, war es ein erklärtes Ziel, den Lebensstandard in den einzelnen Ländern auf einem hohen Niveau anzugleichen. Blickt man auf jene 15 Länder, die der heutigen Europäischen Union am längsten angehören, zeigt sich: Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung ist zwar überall kräftig gestiegen und die Unterschiede zwischen den Staaten sind deutlich geschrumpft. Von einer vollständigen Angleichung – fachsprachlich: Konvergenz – kann aber nicht die Rede sein (Grafik):

Im Jahr 2012 erreichte das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Griechenland lediglich 60 Prozent des EU-15-Durchschnitts, in Luxemburg dagegen 177 Prozent.

Einige Jahre zuvor sah das Bild noch besser aus – doch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gerade die ärmeren EU-Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien hart getroffen und ihren Abstand zum durchschnittlichen Wohlstandsniveau in Europa wieder vergrößert. Dies gilt auch für Italien, dessen Wirtschaft allerdings – gemessen am EU-Schnitt – schon seit Beginn der 1990er Jahre nicht mehr richtig vorankommt.

Wirtschaftskraft in der EU: Noch immer großes Gefälle

■ Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Prozent des EU-15-Durchschnitts ■ Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner von 1950 bis 2012 in Prozent



Urspungsdaten: Eurostat, The Conference Board

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor allem diese Länder müssen daher ihre Reformen – wie die Liberalisierung der Arbeits- und Gütermärkte – vorantreiben, damit Europa in Sachen Wohlstand wieder stärker zusammenwachsen kann.



aus IW-Trends 4/2013

Henry Goecke: Europa driftet auseinander – Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz?

www.iwkoeln.de/konvergenz

© 2013 IW Medien - iw-d 51/52

Dienstleister besonders engagiert

Weiterbildung. Drei Viertel der Unternehmen in Deutschland sorgen dafür, dass die Beschäftigten ihr Wissen auf den neuesten Stand bringen können. Das Engagement ist jedoch in den einzelnen Branchen unterschiedlich groß.

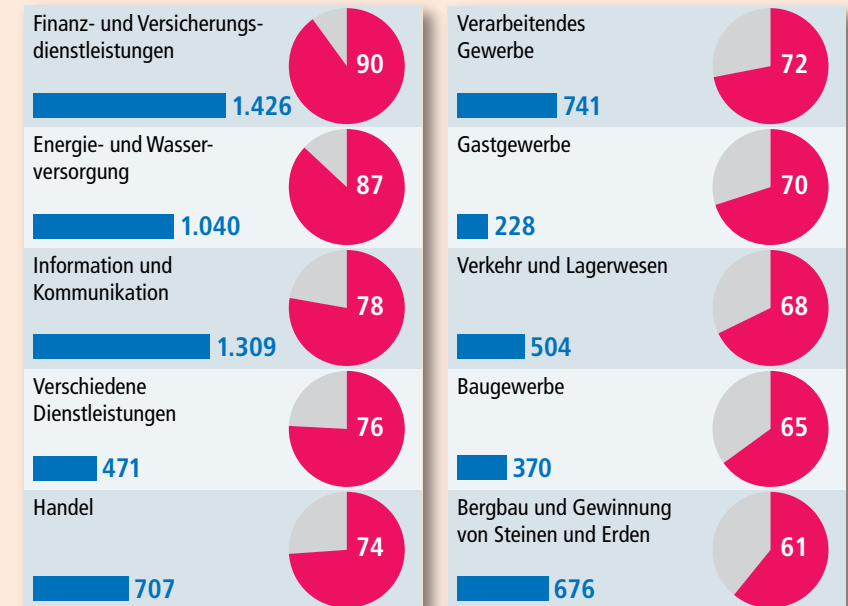
Nicht zuletzt weil Fachkräfte in vielen Wirtschaftsbereichen knapp sind, legen sich die meisten Unternehmen bei der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter ins Zeug. Dies zeigt der Continuing Vocational Training Survey, dessen neueste Ergebnisse für Deutschland vor kurzem vom Statistischen Bundesamt vorgelegt wurden. Laut dieser Umfrage – die Weiterbildung allerdings etwas enger abgrenzt als die IW-Weiterbildungserhebung (vgl. iwD 14/2013) – gaben im Jahr 2010 rund 73 Prozent der Unternehmen in der Bundesrepublik ihren Beschäftigten die Möglichkeit, sich in Seminaren, auf Informationsveranstaltungen oder durch Schulungen am Arbeitsplatz neues Wissen anzueignen. Allerdings unterscheidet sich der Einsatz je nach Branche erheblich (Grafik):

Im Finanz- und Versicherungssektor waren zuletzt 90 Prozent der Unternehmen in Sachen Weiterbildung aktiv – im Baugewerbe dagegen nur 65 Prozent.

Die Industrie lag im Jahr 2010 leicht unter dem Durchschnitt – hier boten 72 Prozent der Firmen ihren Mitarbeitern Lehrveranstaltungen und andere Maßnahmen an. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes gab es jedoch große Unterschiede – während in den Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Infor-

Weiterbildung: Das Branchenspektrum

- So viel Prozent der Unternehmen bildeten ihre Mitarbeiter im Jahr 2010 weiter
- Kosten für Lehrveranstaltungen je Beschäftigten in Euro



Befragung von 3.047 Unternehmen in den Jahren 2011/2012; Lehrveranstaltungen: Lehrgänge, Kurse und Seminare; Verschiedene Dienstleistungen: unter anderem im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Wissenschaft und Technik, Kultur, Unterhaltung und Erholung; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwD 51/52

mationstechnologie gut 83 Prozent der Betriebe auf Fortbildung setzten, waren es in der Textilbranche lediglich 53 Prozent.

Im Schnitt hat sich in den Unternehmen, die Weiterbildungen anbieten, knapp die Hälfte der Beschäftigten daran beteiligt. Besonders hoch war die Teilnahmequote mit jeweils deutlich mehr als 50 Prozent unter anderem bei den Informations- und Kommunikationsdienstleistern sowie in der Energie- und Wasserversorgung.

Fast alle Firmen vermitteln in erster Linie technische oder praktische Kompetenzen für die tägliche Arbeit – im Bergbau zum Beispiel entfielen darauf zwei Drittel aller Weiterbildungsstunden. Eine große Rolle spielt aber auch die Kundenorientierung – im Einzelhandel so-

wie im Gastgewerbe nahm das Thema fast die Hälfte der Fortbildungszeit in Anspruch.

Für alle Lehrveranstaltungen investierten die weiterbildungsaktiven Unternehmen im Schnitt 734 Euro je Beschäftigten. Davon entfiel etwa die Hälfte auf die direkten Kosten der Veranstaltungen und die andere Hälfte auf jene Kosten, die dem Betrieb durch die ausgefallene Arbeitszeit entstanden.

Die Finanz- und Versicherungsdienstleister gaben je Beschäftigten im Jahr 2010 mehr als 1.400 Euro für Weiterbildungsmaßnahmen aus, die Betriebe des Gastgewerbes gerade einmal 228 Euro.

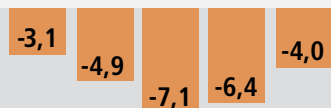
Je Teilnehmer gerechnet, betrug die Weiterbildungskosten im Finanzsektor sogar fast 2.600 Euro, im Gastgewerbe waren es gut 500 Euro.

Griechenland in Zahlen

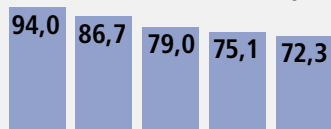


2009 2010 2011 2012 2013

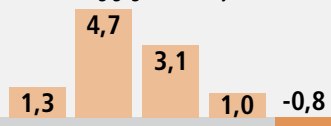
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent



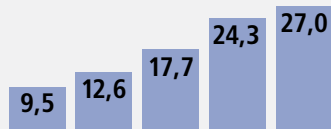
BIP je Einwohner, EU-28 = 100
um Kaufkraftunterschiede bereinigt



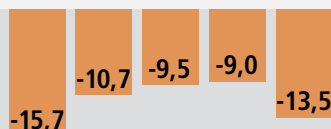
Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



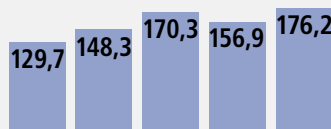
Arbeitslosenquote
in Prozent



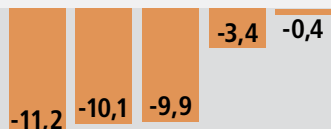
Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



2013: Prognose; Haushaltsdefizit 2013: einschließlich Sonder-
effekten, unter anderem aufgrund
der Rettung der Banken; Quellen:
Europäische Kommission, OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iw-d 51/52

Spartanische Präsidentschaft

Griechenland. Am 1. Januar 2014 übernehmen die Griechen den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Keine leichte Aufgabe für ein Land, das sich seit sechs Jahren in einer Wirtschaftskrise befindet. Deshalb muss die Präsidentschaft vor allem eines sein: so günstig wie möglich.

Einst kämpften die Athener gegen die Spartaner. Heute besinnt sich die Regierung in Athen auf die spartanischen Tugenden. Der griechische Ratsvorsitz soll nämlich den selbst gesetzten Rahmen von 50 Millionen Euro nicht sprengen – die Euro-Krisenländer Zypern (Ratsvorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2012) und Irland (Ratsvorsitz in der ersten Jahreshälfte 2013) zum Beispiel ließen sich das EU-Präsidentenamt stolze 60 bzw. 80 Millionen Euro kosten.

Die Zusammenkünfte, die im Rahmen einer EU-Präsidentschaft anstehen und in Griechenland stattfinden sollen, werden deshalb aus Kostengründen allesamt in Athen durchgeführt. Auf den Konferenzen wollen die Hellenen folgende Themenschwerpunkte setzen:

- Die **Wirtschafts- und Währungsunion** soll vertieft und es soll mehr für das **Wachstum und die Beschäftigung in Europa** getan werden. So drängt Griechenland beispielsweise darauf, die EU-Gelder zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schneller auszuzahlen.

- In der **Einwanderungspolitik** will Athen mehr Solidarität der übrigen EU-Länder einfordern. Wegen der geografischen Lage kommen besonders viele Flüchtlinge in Griechenland an und die EU-Gesetzeslage

zwingt die Einwanderer, dort einen Antrag auf Asyl zu stellen.

- Außerdem möchte Griechenland einen Neustart der **gemeinsamen Meerespolitik** initiieren – kein Wunder angesichts von mehr als 13.000 Küstenkilometern.


Allerdings ist die Gestaltungskraft der Griechen in ihrer Rolle des Ratsvorsitzenden begrenzt: Konkrete Gesetzgebungsmaßnahmen, über die dann in der Regel Parlament und Rat entscheiden, kann nur die EU-Kommission vorschlagen. Deshalb wird sich die griechische Regierung – so wie ihre Amtsvorgänger – vor allem mit den laufenden Dossiers beschäftigen müssen.

Pikanterweise entscheidet die EU Anfang 2014 auch darüber, ob Griechenland ein drittes Hilfspaket bekommt. Nötig ist es wohl, denn wirtschaftlich ist das elf Millionen Einwohner zählende Land in desolater Verfassung (Grafik):

Die Wirtschaftsleistung ist im Vergleich zu 2007 um nahezu ein Viertel zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit erreicht dieses Jahr mit 27 Prozent einen Rekordstand.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: Der Tourismus verzeichnete im ersten Halbjahr 2013 ein Einnahmepplus von fast 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Leistungsbilanz ist mittlerweile nahezu ausgeglichen, wozu auch die wachsenden Einnahmen aus den Warenexporten beigetragen haben: Sie stiegen zwischen 2009 und 2012 um mehr als 40 Prozent. Vor allem Erdölprodukte griechischer Provenienz finden zunehmend Abnehmer – gerade außerhalb Europas.

Schuldenschnitt hilft nicht weiter

Griechenland. Nach langer Zeit wird der griechische Staat in diesem Jahr wohl erstmals wieder mehr einnehmen als ausgeben – wenn man die Zinsbelastung für die Schulden außen vor lässt. Trotzdem wird schon wieder über einen Schuldenschnitt diskutiert. 

Bleibt Griechenland auf Reform- und Konsolidierungskurs? Seit vergangener Woche geht die Troika aus EU, EZB und IWF dieser Frage in der griechischen Hauptstadt wieder einmal auf den Grund. Von ihrem Votum hängt es ab, ob Athen die nächste Hilfstranche von 1 Milliarde Euro bekommt oder nicht.

Zur Erinnerung: Griechenland hat bereits zwei Euro-Rettungspakete erhalten, das erste ab Mai 2010 im Umfang von letztlich 73 Milliarden Euro, das zweite ab Februar 2012 mit einer Zusage von 164 Milliarden Euro, die bis 2014 ausgezahlt werden sollen. Im März 2012 mussten zudem private Gläubiger im Rahmen eines Schuldenschnitts auf Forderungen von mehr als 100 Milliarden Euro verzichten.

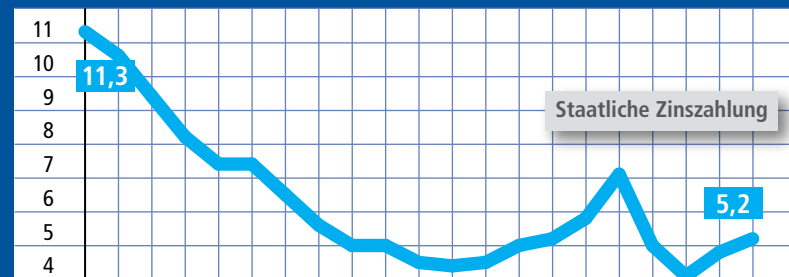
Angesichts der nach wie vor immensen Schuldenlast wird diskutiert, Griechenland erneut einen großen Teil seiner Kredite zu erlassen. Doch vieles spricht dagegen:

- Der griechische Staat hat kaum noch Privatgläubiger, das Gros der Staatsschulden befindet sich heute in der Hand staatlicher Gläubiger:

Laut OECD waren Mitte 2013 rund 84 Prozent aller Forderungen gegenüber dem griechischen Staat – etwa 320 Milliarden Euro – im Besitz der Eurostaaten, des Euro-Rettungsschirms, des IWF und der EZB.

Griechenland: Steigende Schulden, sinkende Zinslast

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



ab 2013: Prognose; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 51/52

Gäbe es also einen zweiten Schuldenschnitt, ginge dieser hauptsächlich zulasten der staatlichen Gläubiger – und damit vor allem zulasten der europäischen Steuerzahler. Daher sind die politischen Widerstände in den Geberländern – allen voran in Deutschland – erheblich.

- Ein Forderungsverzicht könnte zu einem neuerlichen Vertrauensverlust der Anleger und zu einem Wiederaufflammen der Euro-Schuldenkrise führen.

- Wenn Griechenland Schulden erlassen bekommt, dürften die anderen Krisenstaaten das Gleiche für sich einfordern. Damit würde die gesamte Euro-Rettungsstrategie untergraben, denn es wäre kaum noch möglich, Reformen durchzusetzen.

- Trotz des hohen Schuldenstands ist der griechische Schuldendienst erträglich – dank der Zinsnachlässe

für die Kredite der Eurostaaten und des Rettungsschirms (Grafik):

Die Zinsausgaben Griechenlands betragen in diesem Jahr 4,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – Ende der 1990er Jahre waren sie noch doppelt so hoch.

Zudem dürfte die Staatsschuldenquote Athens in den kommenden Jahren deutlich sinken. Wenn dies gelingt, kann sich Griechenland mittelfristig wieder selbst am Kapitalmarkt finanzieren. Basis dafür wäre allerdings, dass die Wirtschaft wächst und Athen den Reform- und Konsolidierungskurs hält.



**IW policy papers
21/2013**

Jürgen Matthes: Zur Debatte über einen weiteren staatlichen Schuldenschnitt in Griechenland

www.iwkoeln.de/griechenland

Die Hochschul-Firmen

Unternehmensgründungen. Studenten und Professoren an deutschen Hochschulen gründen so viele Firmen wie nie zuvor. Besonders erfolgreich sind Unis mit technisch-naturwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung.

Wenn ein Student, ein Professor oder ein anderer Mitarbeiter an der Uni etwas erfindet und für diese Erfindung ein gewerbliches Schutzrecht erwirkt wird – zum Beispiel ein Patent –, stehen dessen Verwertungsrechte zunächst der Hochschule zu. Gründet der Erfinder aber eine Firma, zahlt er in der Regel eine Gebühr an die Uni und erhält dafür die Lizenz, seine Erfindung exklusiv zu nutzen.

Diese Art der Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen ist eine Domäne der USA, wo Spin-offs wie Lycos oder Genentech längst Wirtschaftsgeschichte geschrieben haben. Inzwischen kann sich aber

auch das Gründungsgeschehen an deutschen Hochschulen sehen lassen. Wie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgefunden hat, sind an den Unis allein im Jahr 2012 mindestens 49 Millionen Euro in die Gründungsförderung geflossen, es gab 101 Gründungslehrstühle und mehr als 3.200 Veranstaltungen zum Thema Unternehmensgründung. Das Resultat (Grafik):

Im Jahr 2012 sind an deutschen Hochschulen 1.145 Unternehmen gegründet worden – mehr als je zuvor.

Besonders aktiv sind die kleineren Hochschulen: Bezogen auf die Zahl der Studenten gab es an den Hochschulen mit höchstens 5.000 Studenten gut elfmal so viele Unternehmensgründungen wie an den Unis mit mehr als 15.000 Studenten.

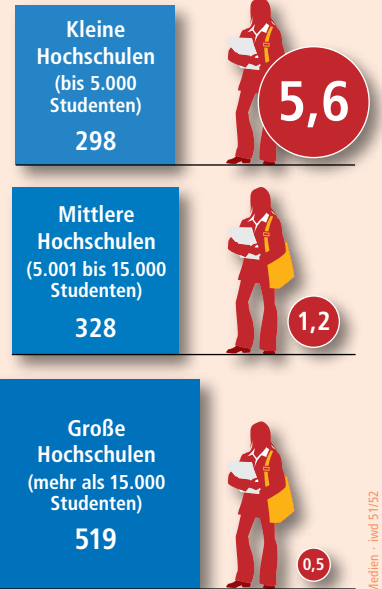
Über alle Größenklassen hinweg gründen Hochschulen mit technisch-naturwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung viel mehr Firmen als Unis mit geisteswissenschaftlich-humanistischer Prägung. Ein Grund: Kleinere Hochschulen mit technisch-anwendungsorientierter Ausrichtung orientieren Lehre und Forschung stärker an der Struktur und den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft.

Die Studie des Stifterverbands zählt allerdings auch ein paar Minuspunkte in Sachen universitäre

Unternehmensgründungen an der Uni

Zahl der Unternehmensgründungen im Jahr 2012 an deutschen Hochschulen

■ Insgesamt ■ Je 1.000 Studenten



Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft | Institut der deutschen Wirtschaft Köln | © 2013 iw-Medien - iwd 51/52

Gründungsförderung auf: So ist diese nur an jeder vierten Hochschule mit konkreten Maßnahmen in den Zielvereinbarungen der Lehrstuhlinhaber verankert. Außerdem gehört das Thema viel zu selten zum Aufgabenbereich der Hochschulleitung und es gibt meist nur geringe Anreize für Hochschulmitarbeiter, sich am Wissenstransfer zu beteiligen.

Neuer Abo-Preis

Gestiegene Kosten zwingen den Verlag, den Bezugspreis des iwD im Jahr 2014 auf monatlich 8,84 Euro anzuheben. Die Versandkosten betragen 3,08 Euro.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.